

In seiner fast siebenjährigen Amtszeit hat Gaus das deutsch-deutsche Verhältnis entkrampft. Vorsorglich ließ er auch in der kurzen Dienstzeit als Berliner Wissenschaftssenator seine Kontakte zu DDR-Politikern und zum Sowjetbotschafter in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, nie abreißen — zum Ärger seines Nachfolgers Bölling.

Nun hat sich Gaus auch in die SPD-Diskussion über den Nato-Nachrüstungsbeschluß eingeschaltet. In der vorigen Woche lieferte er bei Moskau-Fahrer Brandt ein Positionspapier ab, in dem er den Vorrang der Politik vor der militärischen „Pseudologik“ fordert (siehe Seite 20). Gaus zielt auf Schmidt und Genscher, wenn er feststellt, der Nachrüstungskritiker und Ex-General Bastian argumentiere politischer als manche führenden Politiker in Bonn.

Keinesfalls, so Gaus, dürfe die Diskussion auf den Streit reduziert werden, ob es für Europa ungefährlicher sei, wenn die US-Raketen auf dem Land oder auf See stationiert würden. Vielmehr müsse die Frage gestellt werden, welchen Wert das Bündnis noch habe, wenn die kleineren Partnerstaaten zu Befehlsempfängern degradiert würden.

Trotz aller Verstimmung über die ungebetenen Ratgeber versuchten Schmidt-Vertraute vorige Woche, der Brandt-Reise doch noch etwas Gutes abzugewinnen. Der Parteivorsitzende habe die wichtige Aufgabe, versicherte ein SPD-Minister, den Sowjets die Grundposition der Bonner Politik, das Festhalten am Doppelbeschluß, deutlich zu machen. Für die Bundesregierung stehe eben nicht fest, daß in jedem Fall die US-Raketen aufgestellt würden.

Vielleicht habe man in den letzten Wochen zu sehr Rücksicht auf die innenpolitischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten genommen und zuwenig darauf geachtet, was in Moskau gedacht wird.

Daß auch Kanzler Schmidt nicht mehr alles akzeptieren will, was aus Washington kommt, zeigte er am letzten Mittwoch im Kabinett. Erbozt kommentierte er die Ankündigung des neuen amerikanischen Abrüstungsbeauftragten Eugene Rostow, Salt-Gespräche würden lange auf sich warten lassen. Schmidt: „Da muß eine Klarstellung von den Amerikanern her — und zwar unaufgefordert, nicht erst wenn es in Europa wieder Unruhen gibt.“

Eine Klarstellung seiner Agenda für das Gespräch mit Breschnew lieferte Brandt am Freitag voriger Woche vor belgischen Genossen in Antwerpen: Sein und seiner Partei Ziel sei eine „Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen“. Sollten die Amerikaner nicht ernsthaft verhandeln wollen, fürchtet er eine neue Hochrüstung. Dann, so Brandt, könnten die Sowjets „mit der Aufstellung der Gegengewichte beginnen“.

CDU

Auf Abruf

Als Oppositionsführer soll Walther Leisler Kiep die Hamburger Christdemokraten auf Trab bringen — gegen seinen Willen.

Die Herren hatten sich für Freitag letzter Woche verabredet: In vertraulichem Gespräch wollte der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl von seinem Parteifreund Walther Leisler Kiep wissen, unter welchen Bedingungen er bereit wäre, als christdemokratischer Spitzenkandidat in Hamburg anzutreten.

Doch fünf Tage vor dem vereinbarten Termin erfuhr der von einem USA-Trip heimkehrende Finanzexperte der Union aus der Zeitung, daß sein Partei-

sich in den Bundestag wählen ließ, gewann an Einfluß und erwies sich bald als Bedrohung für den CDU-Chef.

Anders als erwartet zierte sich der wohlbestallte Versicherungsmakler nicht, die „Kärnerarbeit in der Fraktion“ (CDU-MdB Matthias Wissmann) zu tun. Bei den Abgeordneten gewann er an Sympathie, weil er die Bonner Bühne nicht nur, wie einst als Parlamentsneuling, zu publizitätsträchtigen Gastspielen nutzte, sondern in den Sitzungen „geistig und physisch sehr präsent“ (Wissmann) war. Sogar bei der CSU sammelte der smarte Porschefahrer Punkte, weil er sich nicht zu fein war, 1980 in die Wahlkampfmannschaft von Strauß einzutreten.

Kiep ist denn auch der einzige, dem Strauß und Kohl zutrauen, mit der Hamburger FDP anzubandeln und bei den Bürgerschaftswahlen im kommen-



Unionspolitiker Kiep, Kohl: Marschbefehl aus der Parteizentrale

chef ihm keine Wahl mehr ließ. In der „Welt am Sonntag“ erteilte Kohl die Weisung: „Kiep muß nach Hamburg.“

Zwar hatte der CDU-Chef in den vergangenen Monaten immer wieder den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden als seinen Wunschkandidaten für das Amt des Hamburger Bürgermeisters ins Gespräch gebracht. Daß der Bonner Oppositionsführer dem zögernden Vize (Kiep: „Eigentlich möchte ich in Bonn bleiben“) öffentlich und ohne Absprache einen Marschbefehl erteilte, heizte Spekulationen um Kohls wahre Absichten an.

Kiep-Freunde vermuten, der CDU-Vorsitzende wolle die günstige Gelegenheit nutzen, einen möglichen Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur zu neutralisieren. Denn Kiep, der im vergangenen Jahr gegen den Willen Kohls seinen Job als niedersächsischer Finanzminister aufgegeben hatte und

den Juni Stimmen hinzuzugewinnen oder gar eine Wende herbeizuführen. Und diesen Erfolg braucht die Union, um die Bonner Koalition von den Ländern aus unter Druck zu setzen.

Um sich seinen Parteifreunden als konsequenten Vollstrecker dieser Strategie zu präsentieren, machte Kohl seinen Wunschkandidaten Kiep zum Mußkandidaten und gab sich als Erfinder dieser Personalwahl aus.

Tatsächlich aber hatte der Hamburger Landesvorsitzende Jürgen Echter nach schon 1973 die Idee, den damaligen hessischen Bundestagsabgeordneten zum Spitzenkandidaten in der Hansestadt zu nominieren. Der lehnte ab.

Als Echter nach 1978 nach der verlorenen Bürgerschaftswahl und „lange bevor Kohl davon gewußt hat“ (Echter nach) sein Angebot wiederholte, mochte sich Kiep wieder nicht entscheiden. Nach fast fünfjähriger Amts-

zeit als Finanzminister in Hannover suchte er zunächst einen anderen Weg, sich von Ministerpräsident Ernst Albrecht zu emanzipieren und seinen Ruf als eigenständiger Politiker zu festigen.

Er ging nach Bonn mit der Absicht, sich „speziell um Außenpolitik“ zu kümmern. Doch Kohl weigerte sich, ihm den gewünschten Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß zu geben. Der CDU-Chef hatte nicht vergessen, daß Kiep 1973 und 1976 für die Ostverträge und gegen die Mehrheit seiner Fraktion gestimmt hatte.

Nur widerstrebend und auf Drängen einflußreicher Christdemokraten ließ der CDU-Vorsitzende den Hanseaten zum stellvertretenden Fraktionschef wählen. Doch mit dem ihm zugewiesenen Aufgabenbereich „Wirtschaft und Finanzen“ mochte sich Kiep nicht begnügen. Wann immer er kann, mischt er sich in die Außenpolitik ein.

Routiniert spielt Kiep auch seine Rolle als Verbindungsmann zur FDP.

Mal zeigt er sich im trauten Tête-à-tête mit dem freidemokratischen Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, mal lobt er die Vorschläge der FDP zur Haushaltssanierung.

Und immer wieder betont er: „Es drängt sich einem ja geradezu auf, wie nahe sich FDP und CDU/CSU in wichtigen Fragen der Außen-, Wirtschafts-, der Finanz- und der Energiepolitik gekommen sind.“

Nicht nur mit Wohlgefallen registrieren Ernst Albrecht und der Kieler Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg den Aufstieg des umtriebigen Kollegen. Die beiden CDU-Vorstandsmitglieder, die im Wettbewerb um eine Kanzlerkandidatur bereits in den Startlöchern hocken, sehen ihren hanseatischen Konkurrenten lieber in Hamburg als in der Bonner CDU-Zentrale.

Dem Drängen der prominenten CDU-Politiker und dem Marschbefehl seines Vorsitzenden kann sich Kiep nicht verweigern. „Eine ehrenhafte Niederlage in Hamburg“, tröstet sein

Parteifreund Wissmann, „wäre nach dem Motto ‚Der Junge hat sich gut geschlagen‘ immer noch ein psychologischer Sieg.“

Helmut Kohl ist inzwischen auch bereit, den Gang seines Vize nach Hamburg mit allerlei Zugeständnissen zu garnieren. Nach außen hin soll sich Kiep erst in den nächsten Wochen für seine Kandidatur entscheiden, um nicht schon jetzt von den Problemen des frisch gekürten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi abzulenken.

Inzwischen sicherte Kohl Hamburgs künftigen CDU-Spitzenkandidaten auch zu, daß er bei einer Niederlage im kommenden Juni nicht als Oppositionsführer in der Hansestadt bleiben muß, sondern auf seinen bisherigen Posten nach Bonn zurückkehren kann.

Sollten die Haushaltsberatungen im Herbst „die Sollbruchstelle“ (Kiep) der sozialliberalen Bonner Regierung sein, so muß Kohl den Aufsteiger Kiep wohl in einer CDU-Regierungsmannschaft berücksichtigen.

„Politik ist eine feine Nadelarbeit“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über den neuen Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi

Über die Wahl des neuen Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi haben die Hamburger Lokalzeitungen im Stil der amerikanischen Welt-raumbehörde Nasa berichtet: Als sei da einer in eine Erdumlaufbahn geschossen worden. Gewählt: 16.44 Uhr am Mittwoch vergangener Woche. Erste offizielle Erklärung: 16.46 Uhr. Erste Unterschrift: 16.53 Uhr.

Es mag sein, daß der Job an der Elbe neuerdings als Himmelfahrtskommando betrachtet wird. Doch konnte auch das unbewußte Bedürfnis der Berichterstatter durchgebrochen sein, endlich einmal einen Mann in den Griff zu bekommen, den seine Genossen gern unfreiwillig enthüllend als „imponierende Erscheinung“ beschreiben.

Eindeutigkeit über die Erscheinung hinaus herzustellen, und sei es nur für einen Augenblick, ist kein leichtes Unterfangen bei Klaus von Dohnanyi. Denn zu seiner Charakterisierung bieten sich auch nach 13 Jahren Politik in vorderster Bonner Reihe eher nichtssagend plakative Aufkleber an, wie „der rosarote Edelmann“ oder „Genosse Nadelstreifen“ — Kennzeichnungen, die der Figur kaum feste Umrisse verleihen.

Vielmehr verbindet sich Widerspruchliches zu einem schillernden Glanz. Er ist Sozialdemokrat, gewiß, aber was für einer? Links? Rechts? Er versteht es, Brandt-Argumente im Schmidt-Tonfall vorzutragen.

Mal ist er Technologe, mal Künstler. Ein Großbürger mit Adelstitel und einer unerwiderten Liebe zur Boheme.

Ein Weltmann mit Gemüsegarten. Ein Spinner, der Wähler gewinnt und diszipliniert und hart arbeitet. Ein Macher, der Bücher verschlingt. Ein vorsichtiger Opportunist, der eigenmächtig in Brüssel über Milliarden entscheidet und den Rausschmiß aus dem Kabinett riskiert. Ein pingeliger Phantast. Ein wortreicher Nichtssager.

Immer sind über seine Herkunft und Zukunft mehr Worte verschwendet worden als über seine jeweilige Ge-

genwart. Die ist immer sonderbar unpräzise und verwischt geblieben.

Er stellt diesen Schleier selbst her, durch Beweglichkeit und seine beharrliche Weigerung, sich irgendwo ganz einzulassen. Und reden mag er über seinen Standpunkt nicht nur „irrsinnig ungen“, sondern in Wahrheit gar nicht.

Der letzte Tag vor der Hamburger Wahl ist typisch. Am Rande einer Fraktionssitzung, an der er nebenher



Ex-Bürgermeister Klose, Nachfolger: „Die Heide im Rücken“